

MEHR ALS ÖL UND GAS:

DIE GOLFREGION ALS AUSSENPOLITISCHE HERAUSFORDERUNG

FACHKONFERENZ DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG, BERLIN, 12.11.2008

Kaum ein Tag vergeht ohne Schlagzeilen aus der Golfregion. Waren es zwischenzeitlich vor allem „schneller, höher, weiter“ Meldungen, die die Staaten ihrem enormen Energiereichtum verdankten, sind heute außen- und sicherheitspolitische Aspekte in den Vordergrund gerückt. Diese Thematik griff die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) am 12. November 2008 mit ihrer Konferenz „Mehr als Öl und Gas: Die Golfregion als außenpolitische Herausforderung“ in der Akademie der KAS in Berlin auf.

Zur Eröffnung zeichnete KAS-Vorstandsmitglied Dr. Franz Schoser ein differenziertes Bild von den „Tigerstaaten am Golf“, deren großen wirtschaftlichen Chancen zunehmend sicherheitspolitische Schwierigkeiten gegenüberstünden: Staaten, die über 60 Prozent der weltweiten Öl- und 40 Prozent der Gasvorkommen ihr Eigen nennen, sähen sich im Herbst 2008 etwa mit der schwierigen Lage im Irak und dem iranischen Atomprogramm konfrontiert. Gleichzeitig drängten innenpolitische Fragen wie der Umgang mit Minderheiten und die gerechte Ressourcenverteilung auf die Agenda. Dass die Staaten diese Herausforderungen auch annehmen, verdeutlichte Schoser am Beispiel der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), die Anfang November 2008 ihren ersten nationalen Bericht zur Situation der Menschenrechte veröffentlicht hatten. Er begrüßte diese Entwicklungen und forderte die Bundesrepublik auf, die Region bei der Umsetzung der Prinzipien Guter Regierungsführung und bei der Stärkung der Zivilgesellschaft zu unterstützen.

Auch im wirtschaftlichen Bereich gebe es noch ausreichend Luft für Kooperationen – Stichwort: Freihandelsabkommen. Gerade im Lichte eines verstärkten asiatischen Engagements in der Region wies Schoser auf die günstigen politischen Rahmenbedingungen für die Verabschiedung eines solchen Projekts hin: „Europe is accepted, wanted and needed“. Auch die KAS wolle sich verstärkt am Dialog mit der Region beteiligen. Sie werde, so gab Schoser bekannt,



*Dr. Franz Schoser,
Schatzmeister der
Konrad-Adenauer-
Stiftung, bei seiner
Begrüßungsrede*

daher als erste deutsche Stiftung überhaupt im Jahr 2009 ein Auslandsbüro in Abu Dhabi eröffnen.

Von dieser Nachricht besonders erfreut zeigte sich Dr. Anwar Mohammed Gargash, Staatsminister im Außenministerium der Vereinigten Arabischen Emirate, der zu den zahlreich erschienenen Konferenzbesuchern per Videobotschaft sprach. Er betonte zunächst die positive sozio-ökonomische Entwicklung der Länder der Region, die immer mehr auf eine Diversifizierung ihrer Wirtschaften setzten. Dies solle für ein starkes Wirtschaftswachstum, mache die Staaten jedoch auch verletzlich: So träfe die aktuelle Finanzkrise auch und gerade die VAE als das „am meisten globalisierte Land der Region“.

Zu den ökonomischen kämen die sicherheitspolitischen Herausforderungen. Die VAE begegneten diesen durch die Pflege diplomatischer Beziehungen, würden aber etwa beim Wiederaufbau von Afghanistan oder dem Irak auch erhebliche finanzielle Mittel bereit stellen. Gerade ein starker Irak sei für das Machtgleichgewicht in der arabischen Welt unerlässlich – mit dieser Einschätzung blieb Gargash im Laufe der Konferenz nicht alleine.

Er ging auch auf das ambivalente Verhältnis zum Iran ein. Chancen ergäben sich vor allem aus gemeinsamen Vorstellungen etwa zu Handel, Migration und



Dr. Peter Göpfrich, Delegierter der Deutschen Wirtschaft in den VAE, skizzierte die „neue Seidenstraße“, die sich zwischen der Golf-Region und Asien anbahnt, und mahnte zur Wachsamkeit.

Religion. Diesen stünden jedoch eine Vielzahl von Spannungsfeldern gegenüber: So etwa die drei seit 1971 vom Iran besetzten Inseln, das Atomprogramm und die „Einmischung“ des Landes in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten in der Region.

Die herrschenden Krisen könnten von keiner Kraft im Alleingang gelöst werden, mahnte Gargash und rief zu gemeinsamen Anstrengungen auf – auch und vor allem im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Vom gewählten US-Präsidenten Barack Obama erwarte er sich neue Initiativen für den Nahostkonflikt.

Zum Abschluss seiner Rede betonte der Staatsminister zwei innenpolitische Entwicklungen der VAE, die es weiter zu forcieren gelte: Die Stärkung der Frauen und die friedliche und transparente Nutzung von Atomenergie. Alles in Allem stehe das Land gegen Ende des Jahres 2008 mit einem Bein in der ersten und mit dem anderen in der zweiten Welt. Aus dieser Spannung leiteten sich Zuversicht wie auch Herausforderungen für die Zukunft ab.

Auf die von Staatsminister Gargash formulierten Punkte nahm Eckart von Klaeden, Außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, in seinem Impulsreferat unmittelbar Bezug: Als „Epizentrum der Globalisierung“ seien die Wirtschaften der Golfstaaten von zunehmender globaler Bedeutung. Auch und gerade für die EU: Schon heute sei die Europäische Union für die Länder des Golfkooperationsrates (GKR) Handelspartner Nummer eins, wohingegen der Handelsfluss in die andere Richtung die Golf-Staaten bislang nur auf den sechsten Platz brächte.

Auch die politische und strategische Bedeutung der Golfregion sei heutzutage „kaum zu überschätzen“. Der internationale Kampf gegen den Terrorismus und die Konflikte mit dem Iran machten zwingend deutlich, dass die GKR-Staaten „eine größere Rolle spielen können und müssen“, um die gemeinsamen Interes-

sen von EU und GKR voranzutreiben. Von Klaeden wandte sich an dieser Stelle auch direkt an den Iran und mahnte die Zusammenarbeit mit der internationalen Atomenergiebehörde (International Atomic Energy Agency, IAEA) an und forderte das Land auf, seine Unterstützung von Terroristen einzustellen sowie sich dem politischen Dialog zu öffnen. Um die Zweifel am iranischen Nuklearprogramm auszuräumen und dem Land gleichzeitig die Chance auf Gesichtswahrung geben zu können, regte von Klaeden an, von Seiten der Staaten des GKR dem Iran ein gemeinsames Anreicherungsprogramm für die zivile Nutzung der Atomenergie anzubieten, das unter internationaler Beobachtung stünde.

Auch die Situation im Irak, Afghanistan und Pakistan sprächen für eine intensiviertere Kooperation zwischen der EU und den Golfstaaten. Konferenzen, die diesen Prozess fördern, käme daher eine große Bedeutung zu, schloss von Klaeden mit einem Dank an die KAS seinen Beitrag.

DIE STAATEN DER GOLFREGION ZWISCHEN KOOPERATION UND KONFLIKT

In das erste Panel zum Thema „die Staaten der Golfregion zwischen Kooperation und Konflikt“ führte Dr. Michael Lange, Teamleiter Außen-, Sicherheits- und Europapolitik der Hauptabteilung Politik und Beratung der KAS, als Moderator ein, bevor er anschließend Dr. Abdulhadi Khalaf, Professor an der Fakultät für Soziologie der Universität Lund in Schweden, das Wort erteilte.

Khalaf, Bahrainer mit Wohnsitz in Schweden, widmete seinen Beitrag der Fragilität der Golfstaaten aus einem innenpolitischen Blickwinkel: Zunächst konzentrierte er sich dabei auf die „demographische Bedrohung durch ausländische Arbeitnehmer“, die in den Staaten des GKR einen erheblichen, oft sogar den überwiegenden Teil der Arbeitnehmer stellten. Ihr Zuzug begann



„Die politische und strategische Bedeutung der Golf-Region ist kaum zu überschätzen“, erklärte Eckart von Klaeden, Außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.

schon vor Jahrzehnten, ausgelöst durch bittere Armut und Perspektivlosigkeit in den Herkunftsländern wie z.B. Indien. Nach jahrzehntelanger Ausbeutung als billige und willige Arbeitskräfte hätten sie in den letzten Jahren aber begonnen, sich zu wehren und Gewerkschaften und andere zivilgesellschaftliche Gruppen zu gründen. „Ehemals stumme Teile der Gesellschaft verschaffen sich Gehör“, beschrieb Khalaf den stattfindenden Wandel, dem der Professor das Potenzial einer „tickenden demographischen Zeitbombe“ zuschrieb.

Die zweite große innere Herausforderung läge laut Khalaf in den Herrschaftsstrukturen und in der zunehmend gestörten Machtbalance der GKR-Staaten (Ausnahme Oman). Zunehmend forderten gesellschaftliche Eliten wie Geschäftsmänner oder Intellektuelle mehr Mitsprache von den Herrschaftsfamilien, deren Mitglieder noch heute als „super citizens“ über dem Gesetz und der Rechenschaftspflicht stünden. Das dritte Problem in der Region entstehe, weil die Herrschaftsfamilien sich untereinander über ihre Privilegien stritten. Die Menschen hätten verlernt zu teilen, so Khalaf, der seinen Vortrag mit eher pessimistischen Worten schloss: „The cake is so big, but the greed is so big, too.“

War zunächst von den Monarchien des GKR die Rede, kam das Gespräch im Folgenden auf einen Staat, der in den letzten Monaten immer wieder für internationale Diskussionen sorgte. „Irans Selbstverständnis als Regionalmacht“ lautet der Titel der jüngst veröffentlichten Studie, an die sich der Vortrag des nächsten Redners, Dr. Johannes Reissner, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung für Wissenschaft und Politik (SWP), anlehnte.

In den letzten Jahren sei es dem Iran gelungen, seine eigene Position in der Region zu stärken. Der Staat fühle sich als Regionalmacht und strebe eine Politik unter dem Motto: „Ohne uns geht nichts, und was mit uns geht, werden wir dann schon sehen“ an. Tatsächlich aber sei das Land noch weit davon entfernt, ein

regionaler Hegemon zu sein, so Reissner. Wenngleich dem Iran keine Vormachtstellung zukomme, bliebe Teheran immerhin noch eine bedeutende Rolle als „Blockade-Macht“. Während diese Betrachtungsweise in der westlichen Welt im Vordergrund stünde, sähen die Iraner diese Fähigkeit nur als eine Option unter vielen. So gebe es strategische Überlegungen für Kooperationen „mit anderen überlegenen“ Staaten wie Saudi Arabien, der Türkei, Pakistan und Ägypten, welche letztlich zur Schaffung einer neuen regionalen Ordnung führen sollten. Die iranische Partnersuche ginge demnach über den arabischen Raum und die Golfstaaten hinaus – trotz ideologischer und politischer Differenzen.

Sicherheit und territoriale Integrität seien die Leitmotive des Iran beim Streben nach Einfluss. Die Mittel, derer sich das Land dafür bediene, seien vielfältig und reichten von einer sehr intensiven Diplomatie über den Handelsaustausch und Wirtschaftshilfe bis hin zu massiver ideologischer Propaganda und der Unterstützung bewaffneter Organisationen. Die westliche Welt konzentriere sich bei ihrer Wahrnehmung zu sehr auf die negativen Aspekte, so der Iranexperte, und ignoriere dabei, dass Länder wie Afghanistan, Tadschikistan oder auch der Irak auf iranische Hilfe angewiesen seien und diese auch zu schätzen wüssten. Der Iran habe nach dem Ende des Krieges mit dem Irak zu allen seinen Nachbarstaaten „arbeitsfähige“ Beziehungen in Politik und Handel aufgebaut und sie in bilateralen Abkommen verankert – in Europa wären diese oft relativ unbekannt. Daher zeigte sich auch Reissner erfreut von der Eröffnung des KAS-Büros in Abu Dhabi, das künftig neue Erkenntnisse über die inner-arabische Kooperation nach Deutschland tragen könne.

Anschließend ging Dr. Henner Fürtig, wissenschaftlicher Mitarbeiter des GIGA Institut für Nahost-Studien aus Hamburg, der Frage nach, ob der Irak für eine neue Sicherheitsarchitektur verzichtbar sei. Dazu warf er zunächst einen Blick zurück:



Die Golf-Region nehme ihre Rolle als verantwortungsvoller Global Player bereits wahr, erklärte Thomas Kraneis, GHORFA

Seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts habe sich eine „virtuelle Machtbeziehung“ zwischen Irak, Iran und Saudi Arabien gebildet. Bei zu starker Dominanz einer der Staaten hätten sich die beiden anderen verbündet, um das Gleichgewicht wieder herzustellen. Bis in die späten 1990er Jahre habe man „ein funktionierendes System in Dreiecksform gehabt – zwar in unterschiedlicher Besetzung, aber immer in Balance.“

Der Krieg der Vereinigten Staaten von Amerika gegen den Irak im Jahr 2003 habe diese Strukturen jedoch „komplett und fundamental gestört“. Die historische Machtkonstellation existiere nicht mehr. Die USA könnten aber nicht an die Stelle regionaler Akteure treten und so sei „der Irak unersetzbar“.

Dem ersten Plenum schloss sich eine lebhafte Diskussionsrunde an, bei der vor allem über die Erwartungen an den designierten US-Präsidenten Barack Obama gesprochen wurde. Für die erhoffte sich vor allem eine klare Offenlegung der amerikanischen Ziele im Irak und damit verbunden die Schaffung eines berechenbaren und überschaubaren Zeitrahmens für den Truppenabzug. Demgegenüber erwartete Reissner hauptsächlich mehr „Nüchternheit“ im Umgang mit dem Iran. Die Frage, ob dies auch das Ende der amerikanischen Exklusionspolitik gegenüber dem Iran bedeute, blieb offen. Khalaf hegte vor allem die Hoffnung, dass die neue US-Administration die Staaten des GKR künftig „mehr als Einheit“ betrachten würde.

WIRTSCHAFTLICHE INTEGRATION UND GRENZÜBERSCHREITENDE ZUSAMMENARBEIT

In das zweite Panel mit dem Titel „Neue Entwicklungen und Herausforderungen wirtschaftlicher Integration und grenzüberschreitender Zusammenarbeit“ führte Dr. Hardy Ostry, Teamleiter Afrika/Naher Osten der Hauptabteilung Internationale Zusammen-

arbeit der KAS ein. Er gab zunächst einen kurzen Überblick über die regionalen Integrationsbemühungen, bevor Thomas Kraneis, Mitglied der Arab-German Chamber of Commerce and Industry e.V. (GHORFA), das Wort ergriff. Kraneis eröffnete seine Präsentation, indem er die zentrale Bedeutung der Region für Deutschland und Europa hervorhob. In Deutschland sei das Wissen darum, dass man einen Großteil des Wohlstandes der Nachfrage von Gütern und Dienstleistungen aus dem arabischen Raum verdanke, nicht sehr ausgeprägt. Zudem würde die Rolle, die die Region am Golf heute als verantwortungsvoller Global Player spiele, häufig nicht genügend wahrgenommen. So sei beispielsweise kaum bekannt, dass anlässlich der jüngsten Finanzkrise von den arabischen Ländern 30 Mrd. USD in englische Banken investiert worden seien.

Durch die wachsende Bedeutung der arabischen Staaten ergäbe sich auch für Deutschland die Notwendigkeit zu mehr Kooperation, vor allem auf der Suche nach Alternativen für das Erdöl. Dabei könne man sich auf gute und belastbare Beziehungen stützen.

Der aus dem Energiereichtum herrührende Wohlstand der arabischen Welt werde zudem auch, so Kraneis, für eine „sehr pragmatische Entwicklungshilfe“ genutzt. Besonders interessant seien an dieser Stelle der Arab Fund, der OPEC Fund, der Abu Dhabi Fund und der Saudi Fund, die nicht etwa Budgethilfe gäben, sondern reale Projekte im Infrastrukturbereich auch in nicht-muslimischen Ländern implementierten. Dabei würde die Bedeutung der Erneuerbaren Energien weiter wachsen, und in diesem Bereich sei auch Deutschland in der Lage, sich künftig besonders zu engagieren.

Dr. Peter Göpprich, Delegierter der Deutschen Industrie- und Handelskammer in Dubai, wagte im Anschluss mit seinem Vortrag „Dubai, Mumbai and Shanghai...or Good Bye“ einen Blick in die Zukunft der Region.

DIE GOLFREGION ALS AUßENPOLITISCHE HERAUSFORDERUNG

Dr. Henner Fürtig, Dr. Johannes Reissner, Dr. Michael Lange und Prof. Abdulhadi Khalaf während des ersten Panels „Die Staaten der Golfregion zwischen Kooperation und Konflikt“.



Während die EU seit nunmehr fast 30 Jahren und bislang erfolglos mit dem GKR um ein Freihandelsabkommen verhandelt, richte sich der Blick der arabischen Welt nun weiter ostwärts – eine „neue Seidenstraße“ sei im Entstehen. Auf Seiten der arabischen Golfstaaten versuche man gleichwohl Einseitigkeiten und damit verbundene Abhängigkeiten zu vermeiden, vielmehr sähen sich die Staaten heute als internationaler Hub zwischen Ost und West.

Trotz der Turbulenzen an den Finanzmärkten und einem fallenden Ölpreis seien die Perspektiven der Region noch immer äußerst günstig. Die GKR-Staaten blieben „die Tankstelle der Welt“ und würden auch bei einem Ölpreis von 50 USD weiter erheblich wachsen und damit „auf Augenhöhe mit den BRIC-Staaten“ liegen. Da Handelsbeziehungen meist dem Öl folgten, das immer mehr nach Asien und dort vor allem ins energiehungrige China ginge, würde das Reich der Mitte Deutschland in Kürze von Platz drei der wichtigsten Handelspartner der Golfstaaten verdrängen.

Neue Akronyme zögen aus, um die Welt zu erobern: Eines von ihnen sei CHIME (China und Middle East) – Hauptweg der „neuen Seidenstraße“. Eine hierzulande noch relativ unbekannte Größe, die aber in den Golfstaaten zunehmend Aufmerksamkeit erzeuge, sei auch die „Shanghai Cooperation Organization“ (SCO) mit den Mitgliedsstaaten China, Russland sowie den ehemaligen GUS-Ländern. Der Iran habe als Beobachter bereits die Vollmitgliedschaft beantragt, und Göpfrich ging davon aus, dass die SCO auch aufgrund ihres ausgeprägten Gasreichtums in einigen Jahren zu den wichtigsten Akteuren im internationalen Business gehören werde. Da sich die SCO auch als Militärbündnis versteht, würde es zudem in der Sicherheitsarchitektur zu Umwälzungen kommen. Auch die neue Wirtschaftsregion MENASA (die Mena Region erweitert um Süd-asien), zu der sich die Öl- und bevölkerungsreichen Staaten zusammengeschlossen hätten, würde in Zukunft noch für internationalen Gesprächsstoff sorgen.

Kraneis forderte in der sich anschließenden Diskussion nach dem zweiten Plenum vor allem gemeinsame Anstrengungen von EU und der Arabischen Liga bei der Einführung neuer Technologien zu Energieeffizienz und –einsparung und mahnte die Europäer, ihre zögerliche Haltung aufzugeben. Ebenfalls zögerlich gewesen seien die Bemühungen der GKR-Staaten zur Einführung einer gemeinsamen Währung, so Göpfrich zum Bereich der wirtschaftlichen Kooperation. Diese könne durch die derzeitige Finanzkrise eine neue Dynamik erhalten. So habe ein Umdenkenprozess begonnen, der dazu führe, dass sich die GKR-Staaten künftig mehr auf ihre eigenen Stärken und weniger auf den Westen verlassen würden.

EUROPÄISCHES ENGAGEMENT IN DER GOLFREGION

Von der wirtschaftlichen ging es über zur sicherheitspolitischen Situation am Golf. Das dritte Panel mit dem Titel „Auf der Suche nach einer regionalen Sicherheitsarchitektur: Herausforderungen und Optionen für ein verstärktes Europäisches Engagement in der Golfregion“ wurde von Dr. Alexander Görlach vom Cicero Magazin moderiert, der als erstem Referenten Dr. Volker Perthes, Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik, das Wort erteilte.

Schaute man in den letzten Jahren oft sorgenvoll auf die sicherheitspolitische Lage am Golf, legte Perthes dar, wurde oft übersehen, dass es durchaus auch erfreuliche Entwicklungen gebe. Erstens hätten sich seit dem Libanonkrieg 2006 die regionalen Akteure verstärkt um eigene Konfliktlösungen bemüht. Das spiegelten etwa Saudi Arabiens oder Qatars Vermittlungsversuche bei den inneren Konflikten des Libanon sowie beim Verhältnis zwischen Israel und den Palästinensern wider. Syrer und Israelis hätten angefangen, über türkische Mediatoren miteinander zu verhandeln, und so gebe es eine Reihe von Beispielen, die zeigten, dass man bereit sei, für die eigene Region Verantwortung zu übernehmen.



Dr. Volker Perthes (SWP) und Yasar Al-Qatarnah (RCCP) plädierten beide für verstärkte Anstrengungen in der Golfregion zum Aufbau einer eigenen Sicherheitsarchitektur.

Die zweite positive Wende stelle laut Perthes der Wahlausgang in den Vereinigten Staaten von Amerika dar. So gebe es vom designierten Präsidenten Barack Obama bereits Überlegungen zum raschen Truppenabzug aus dem Irak. Zudem sei von der neuen Administration sowohl eine neue Initiative mit Blick auf den Konflikt zwischen Israel und Palästina zu erwarten als auch ein direktes diplomatisches Engagement gegenüber dem Iran. Überlegungen zur regionalen Sicherheitsstruktur am Golf stünden daher derzeit unter einem guten Stern. Einige Ideen lägen bereits auf dem Tisch. Für mittelfristig denkbar hielt Perthes die Schaffung eines regionalen Sicherheits- und Stabilitätspakts nach dem Balkan-Modell. So könne man die inzwischen regelmäßig stattfindende Konferenz des Irak mit seinen Nachbarstaaten um alle Golfanrainer erweitern und durch regionale Tische zu Themen wie etwa Wirtschaft, Politik, Sicherheit, Transport und Umwelt den Dialog vorantreiben und nach gemeinsamen Lösungen für bestehende Probleme suchen.

Yasar al-Qatarnah, Direktor des Regional Center for Conflict Prevention vom Jordan Institute of Diplomacy, ergänzte diese Ausführungen mit einer weiteren, den Nahen Osten betreffenden, Perspektive.

Aus seiner Sicht wären heute vor allem die USA und der Iran die großen sicherheitspolitischen Akteure am Golf – einer krisengeschüttelten Region, deren Stabilität aber aufgrund ihres Rohstoffreichtums von globaler Bedeutung sei. Dafür, dass die Zeit für die Etablierung eines Sicherheitssystems bald reif sei, sprächen derzeit vor allem zwei Entwicklungen: So würden die einheimischen Eliten inneren Reformen immer mehr zustimmen und zweitens wachse – trotz aller öffentlichen Debatten – die Wahrscheinlichkeit, dass die USA und der Iran in Zukunft zu Gesprächen bereit seien.

Da sowohl ein unilaterales Vorgehen als auch eine Rückkehr zum alten Machtgleichgewicht derzeit wenig Erfolg versprechend schienen, sei ein neues Modell

vonnöten. Dieses sollten vor allem die Golfstaaten selber, aber auch die USA und Europa vorantreiben – schließlich lägen eine sichere Versorgung mit Öl und die Non-Proliferation auch in deren Eigeninteresse. Der Aufbau eines neuen Sicherheitssystems am Golf sei schwierig und hänge, so Al-Qatarnah, von drei Faktoren ab: Einem neu zu schaffenden Machtgleichgewicht, konsequentem Multilateralismus und weiterführenden Reformen. Für das Zustandekommen eines Machtgleichgewichts seien vor allem vertrauensschaffende Maßnahmen durch die USA aber eben auch durch den Iran notwendig. So könne der Iran nicht auf dem Besitz von Kernwaffen bestehen, die Vereinigten Staaten müssten aber auch akzeptieren, dass das Land selber in der Lage sein müsse, seine Ölvorkommen zu verteidigen. Multilateralismus bedeute, dass das neue Sicherheitssystem keine „pax americana“ sein dürfe, sondern vor allem auch die Europäische Union, aber auch Russland und die UNO in den Prozess miteinbezogen werden müssten. Hinsichtlich der innenpolitischen Reformen forderte Al-Qatarnah die EU auf, amerikanische Ansätze zur Beachtung der Prinzipien von Guter Regierungsführung maßgeblich zu unterstützen.

Nachdem im Laufe des Tages bereits intensiv über die Golfregion diskutiert worden war, appellierte Joachim Hörster MdB, Vorsitzender der Parlamentariergruppe für die arabischsprachigen Staaten des Nahen Ostens, zunächst dafür, den Blick über die Staaten des GKR hinaus zu richten.

Die Region sei geprägt von erheblichen Interessengegensätzen und wechselseitigen Einflüssen, die nicht selten zu Konflikten, Grenzstreitigkeiten und „Eifersüchteleien“ bei der Umsetzung innenpolitischer Reformen führen würden. Nicht konfliktfrei sei auch das Verhältnis zwischen Europa und den USA auf der einen sowie den Golfstaaten auf der anderen Seite. Westliche Forderungen nach einem Mehr an Demokratie würden häufig durch kurze Verweise etwa auf israelische Ver-



Joachim Hörster MdB (r) mahnte, dass Deutschland und Europa auch unabhängig von den USA ihre Interessen in der Golfregion definieren müssten.

waltungshaft oder Guantanamo konterkariert. Überhaupt sei der Begriff Demokratie nach dem Irakkrieg in der arabischen Welt zu einem „Unwort“ geworden.

So kämen Deutschland und auch Europa in die Verlegenheit, erst einmal klar ihre Interessen definieren zu müssen – unabhängig von denen der USA. Grundsätzlich sei die EU in all ihrer Vielfalt in den Golfstaaten willkommen, und die Verhandlungen würden gerade durch den Facettenreichtum als angenehm empfunden. Europa sollte diese positive Haltung dazu nutzen, Reformen voranzutreiben. Dabei müsse bedacht werden, dass „Demokratie nicht immer nach dem gleichen Muster“ stattfände, gab Hörster zu bedenken. Die Europäer sollten sich daher gut überlegen, was man den Partnern am Golf als Empfehlung mit auf den Reformweg geben könne. Die „Machtfrage für die politischen Systeme“ solle es auf keinen Fall sein, denn sie führe zu Instabilität und nicht zwangsläufig zu einer Demokratie nach westlichen Vorstellungen, so der Abgeordnete. Vielmehr sollten Reformen etwa des Bildungs- und Justizsystems angestrebt werden. Modernisierung ja, aber innerhalb der Gesellschaftsstrukturen, so Hörsters Fazit für eine europäische Politik, die nicht bei Fragen nach Öl und Gas haltmachen solle.

Den Abschluss der Vorträge bildete der Beitrag von Dr. Stephen Blackwell vom Emirates Center for Strategic Studies and Research in Abu Dhabi. Die Staaten des GKR hätten in der Vergangenheit eine moderate und konstruktive Haltung in Sicherheitsfragen für die Golfregion eingenommen. So startete etwa Saudi Arabien im Jahr 2002 eine Initiative für die Lösung des Konflikts zwischen Israel und den Palästinensern, die im Wesentlichen eine Rückkehr zum Status quo von 1967 vorsah. Der Vorschlag traf auch in Israel auf offene Ohren und könnte eine Basis auch für künftige Friedensgespräche sein, so Blackwell.

Doch auch im wirtschaftlichen Bereich nähmen die Staaten eine immer wichtigere Rolle ein. So reisten etwa der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier oder der britische Premier Gordon Brown im Zuge der jüngsten Finanzkrise in die Region. Sie warben für weitere Investitionen, sich dessen bewusst, dass Europa in diesem Bereich längst mit Staaten wie China und Indien konkurriere. Umgekehrt wachse auch die Bedeutung der Golfstaaten als Zielort für Investitionen. Der ökonomische Erfolg der GKR-Staaten schaffe in der gesamten Golfregion Zuversicht und Vertrauen – wesentliche Voraussetzungen nicht nur für eine prosperierende Wirtschaft, sondern auch für mehr Stabilität und Sicherheit.

Da Sicherheit heute sehr breit zu definieren sei, sprach sich Blackwell auch für eine Intensivierung des bereits begonnenen Kulturaustausches zwischen der Europäischen Union und der Golfregion aus. Diese Form der *soft power* könne die Beziehungen verbessern und nachhaltig zu einem besseren Verständnis der Partner untereinander beitragen. Politische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit solle daher Hand in Hand gehen.

Die abschließende Diskussion widmete sich erneut dem Wechsel der US-Administration. Die Diskutanten gaben sich skeptisch, was den baldigen Truppenabzug aus dem Irak betraf. So würde es noch Jahre brauchen, bis die US-Militärs sich in ihrer Gesamtheit zurückzögen. Dennoch zeige die Ankündigung Obamas, dass der Wille dazu vorhanden sei. Ein solcher Truppenabzug würde neue Kapazitäten im Kampf gegen den Terror freisetzen. Perthes äußerte abschließend, dass durch den Wechsel in Washington und die wachsende Eigenverantwortung der regionalen Akteure jetzt der geeignete Zeitpunkt sei, um die Sicherheitsarchitektur am Golf neu zu überdenken.



GUTE PARTNERSCHAFT FÖRDERN – ZUSAMMENARBEIT VERTIEFEN

Seine Hoheit Kronprinz Scheich Mohammed bin Zayed Al Nahyan führte ein Hintergrundgespräch mit Vertretern der KAS

Die Golfregion gehört mit ihren Rohstoffvorkommen und ihrem Wachstumspotential weltweit zu den wichtigsten Zukunftsregionen. Als verllässlicher Partner für Sicherheit und Zusammenarbeit in der Region haben sich die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) etabliert. Dies wurde auch durch den Deutschlandbesuch von Seiner Hoheit Scheich Mohammed bin Zayed Al Nahyan, Kronprinz des Emirats Abu Dhabi, unterstrichen. Nachdem die Konrad-Adenauer-Stiftung im November 2008 die Eröffnung eines Regionalbüros in Abu Dhabi angekündigt hatte, war es ein Anliegen des Kronprinzen, während des Besuchs auch ein Hintergrundgespräch mit Vertretern der Stiftung zu führen. Geleitet wurde die Veranstaltung am 12. Januar 2009 von Dr. Franz Schoser, Schatzmeister und Mitglied des Vorstandes der KAS.

Vor Experten aus Wirtschaft und Politik betonte der Kronprinz dabei die zentrale Bedeutung, die Deutschland für die VAE einnimmt. Ähnlich wie die europäischen Staaten sahen sich die VAE während der Finanzkrise in einer Mittelposition zwischen den beiden Polen USA und China. Gleichzeitig versicherte der Scheich, dass die VAE trotz der Finanzkrise über ausreichende Mittel verfügen, um begonnene Projekte und Reformen fortzuführen: „Wir bleiben auf dem Weg, den wir eingeschlagen haben, auch wenn es durch die Krise vielleicht zu einer zeitlichen Verzögerung kommen kann.“

Im Zentrum des Gedankenaustauschs standen darüber hinaus sicherheitspolitische Fragestellungen wie die Gefahren des internationalen Terrorismus sowie die vom iranischen Atomprogramm ausgehenden Bedrohungen für die Region wie Europa. Insbesondere wurde dabei der Erziehungs- und Bildungsbereich hervorgehoben, dem mit Blick auf die öffentlichen und religiösen Schulen mehr Transparenz abgerungen werden müsse.

Eckart von Klaeden, Außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, bedankte sich im Gespräch für die Partnerschaft und die Standfestigkeit der VAE. Ihre Position mache deutlich, dass der Kampf gegen den Terrorismus keine Auseinandersetzung zwischen Muslimen und dem Westen sei, sondern eine gemeinschaftliche Aufgabe darstelle. Dr. Franz Schoser überreichte dem Scheich abschließend die Konrad-Adenauer-Medaille.



Herausgeber

*Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Rathausallee 12
53757 Sankt Augustin*

Texte

Sabine Gerhardt

Redaktion

*Dr. Hardy Ostry
Dr. Oliver Ernst*

Fotos

Christian Echle

© 2009

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ISBN 978-3-940955-58-6

www.kas.de